



**82. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister
am 18. und 19. Mai 2011 in Halle (Saale)**

Beschluss

TOP I.17

Vorschlag für eine EU-Richtlinie zu Fluggastdatensätzen (PNR-Daten)

Berichterstatter: *Thüringen*

1. Die Justizministerinnen und Justizminister betrachten die Tendenzen innerhalb des Rates der Europäischen Union zur massiven Ausweitung der Speicherung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR), insbesondere die Absicht einiger Mitgliedstaaten, innereuropäische Flüge in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufzunehmen, mit großer Sorge. Sie sind der Auffassung, dass bisher nicht aufgezeigt wurde, dass die Zwecke der Richtlinie, namentlich die Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität, in nennenswertem Umfang bei gleichzeitiger Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und Datenschutzes erfüllt wurden. Sie erinnern in diesem Zusammenhang an die Stellungnahme des Bundesrates zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Zwecken der Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität“ (KOM (2011) 32 endg., vom 18.03.2011 (BR-Drucksache 73/11 (Beschluss))).
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bezweifeln aufgrund der hohen Sicherheitsstandards in Europa, dass durch die Einbeziehung der innergemeinschaftlichen Flüge in die Auswertung von PNR-Daten ein Mehrwert zum Schutz vor terroristischen Anschlägen erlangt werden kann. Sie sind der Auffassung, dass das Erfassen der Reisetätigkeit innerhalb der EU zu einem Grad der Überwachung der Bürger führt, der den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine anlass- und verdachtsunabhängige Vorratsspeicherung personenbezogener Daten nicht mehr gerecht werden dürfte.



Darüber hinaus befürchten die Justizministerinnen und Justizminister, dass die Ausdehnung der Fluggastdatenspeicherung auf innergemeinschaftliche Flüge das Recht zum Schutz von personenbezogenen Daten in Art. 8 EU-GR-Charta und weitere Freiheitsrechte der Charta sowie den Grundsatz der Freizügigkeit und den Schengener Grenzkodex verletzen könnte.

3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesregierung, sich bei den künftigen Verhandlungen im Ministerrat auch weiterhin für datenschutzrechtliche Verbesserungen des Richtlinienvorschlages und konsequent gegen die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Richtlinie einzusetzen.